

Niederschrift
über die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses
am 03.07.2012

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 16:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 16:55 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Gerhard Henrichsmeier

Herr Frank Strothmann

Herr Detlef Werner

SPD

Frau Sylvia Gorsler

Herr Hans Hamann

Herr Holm Sternbacher

Herr Dr. Nicolas Tsapos

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Klaus Rees

BfB

Herr Ralf Schulze

FDP

Herr Harald Buschmann

Die Linke

Frau Barbara Schmidt ab 16:20 Uhr

Bürgernähe

Frau Barbara Geilhaar

Nicht anwesend:

Herr Rainer Lux (CDU)

Frau Karin Schrader (SPD)

Herr Hartmut Geil (Bündnis 90/Die Grünen)

Von der Verwaltung:

Herr Stadtkämmerer Löseke

Frau Schlüter – Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen

Frau Schürmann - Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen

Herr Lehmkühler - Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen

Herr Berens – Amt für Finanzen und Beteiligungen

Frau Wemhöner – Amt für Finanzen und Beteiligungen (Schriftführerin)

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Herr Werner teilt mit, dass Herr Lux kurzfristig verhindert sei. Herr Rees übernimmt den Vorsitz und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Finanz- und Personalausschusses fest.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 31. Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 04.06.2012**

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 04.06.2012 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Mitteilungen liegen nicht vor.

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Anfragen liegen nicht vor.

Zu Punkt 4

Bericht zum Personalentwicklungskonzept 2012

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4398/2009-2014

Frau Schürmann weist einleitend darauf hin, dass für eine – trotz knapper Ressourcen -erfolgreiche Personalentwicklung (PE) verschiedene Rahmenbedingungen erfüllt sein müssen. Erforderlich seien zum Beispiel die Unterstützung der strategischen Ausrichtung durch die Verwaltungsleitung sowie eine effektive und wirkungsorientierte Gestaltung der PE. Wichtig sei darüber hinaus, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erreicht werden und – soweit möglich – neue Finanzquellen erschlossen werden. Sie weist darauf hin, dass das erste Personalentwicklungskonzept 2003 aufgestellt wurde. Erstmals werde heute ein Bericht zum PE-Konzept vorgelegt, der sich darauf beschränke, die aktuellen Arbeitsschwerpunkte nach außen zu kommunizieren und die strategische Ausrichtung der PE für das kommende Jahr zu verdeutlichen. Das vollständige Konzept werde im Internet veröffentlicht und könne bei Bedarf auch in gedruckter Form angefordert werden. Anschließend erläutert Frau Schürmann die Arbeitsschwerpunkte für das Jahr 2012:

- Führungskräfteentwicklung und Führungsfeedback
- Personalmanagement im Hinblick auf die demografische Entwicklung
- Gesundheitsförderung
- Inklusion von Menschen mit Behinderung
- Integration von Menschen mit Migrationshintergrund
- Ausbildungsmarketing
- Frauenförderung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Neben der inhaltlichen Darstellung weist Sie darauf hin, dass für die Konzipierung und Einführung des PE-Instrumentes „Führungsfeedback“ Mittel des ESF bzw. der EU und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales von über 200.000 € bewilligt wurden. Bei der Gesundheitsförderung erhalte man Unterstützung von zwei Krankenkassen und das Land NRW fördere Projekte, die auf eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf abzielen. Zu diesem Thema wird die Stadt Bielefeld darüber hinaus mit einem Vortrag beim Personalkongress 2012 der KGSt vertreten sein. Zu anderen Themen arbeite man mit der Fachhochschule und der Uni Bielefeld zusammen.

Herr Rees bedankt sich für den Bericht und stellt fest, dass die Stadt Bielefeld beim Thema Personalentwicklung bundesweit weit vorne sei. Auf eine Nachfrage von Herrn Strothmann erklärt Herr Lehmkuhler, dass er keine konkreten Zahlen zu Auszubildenden mit Behinderungen nennen könne. Im mittleren Verwaltungsdienst werde mit Unterstützung des Landschaftsverbandes in diesem Jahr jedoch erstmalig eine erblindete Auszubildende eingestellt. Auf Nachfrage von Frau Geilhaar teilt er mit, dass die Fortbildungsmaßnahmen zur Gesundheitsförderung über alle Verwaltungsbereiche hinweg sehr gut angenommen wurden. Herr Hamann weist darauf hin, dass im Zusammenhang mit dem Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch die Einrichtung einer Betriebskindertagesstätte genannt sei, für die es bislang jedoch noch keinen politischen Beschluss gebe. Darüber hinaus bezweifle er, dass die

Arbeitsplatzausstattungen in Kitas dem Aspekt der Gesundheitsförderung gerecht werden. Herr Lehmkühler führt darauf hin aus, dass aktuell eine Befragung von 750 Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst zum Thema gesundheitliche Belastungen laufe. Die Ergebnisse erwarte man im Herbst. Herr Werner erklärt, dass im Hinblick auf Arbeitsqualität die Mitarbeiterqualifizierung ein wichtiger Aspekt der Personalentwicklung sei. Frau Schürmann teilt darauf mit, dass neben fachübergreifenden Seminaren auch Workshops und Fortbildungen zu individuellen bzw. arbeitsplatzbezogenen Fragestellungen angeboten würden. Auf Nachfrage von Herrn Rees zur Betriebskita führt Herr Löseke aus, dass ihm der aktuelle Bearbeitungsstand im Dezernat 5 nicht bekannt sei. Er werde entsprechende Informationen beim Dezernat 5 einholen und der Sitzungsniederschrift beifügen (s. Anlage 2). Frau Schmidt weist darauf hin, dass ihres Erachtens ein hoher Bedarf zur Förderung von interkulturellen Kompetenzen bestehe. Frau Schürmann erläutert, dass dieser Aspekt im erforderlichen Umfang in die verschiedenen Seminarangebote integriert werde

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt den Bericht zum Personalentwicklungskonzept 2012 zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 5

Personalbestandsprognose im Rahmen des Strategischen Büroflächenmanagements

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4388/2009-2014

Einleitend erklärt Herr Löseke, dass der Beschluss des Haupt- und Beteiligungsausschusses am 22.03.2012 Ausgangspunkt für die Informationsvorlage zur Personalbestandsprognose war. Auf dieser Grundlage werde der ISB seine Büroflächenprognose erstellen und diese dann über den Betriebsausschuss in den Haupt- und Beteiligungsausschuss einbringen. Frau Schlüter führt aus, dass als Grundlage für die Prognose die aktuellen Zahlen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Arbeitsplätze bei den Organisationseinheiten abgefragt wurden, die perspektivisch an den Standorten Rathaus, TDLZ und Neumarkt untergebracht werden sollen. Sie weist darauf hin, dass die Prognosen zur Personalentwicklung und zur zukünftigen Aufgabenerfüllung bis 2022 mit Risiken und Unwägbarkeiten verbunden seien. Von daher sei in den Planungen des ISB eine gewisse Flexibilität erforderlich. Herr Rees schließt sich dieser Einschätzung an. Frau Schmidt teilt mit, dass sie eine Betrachtung der kompletten Raumsituation als grundsätzliche Planungsgrundlage begrüßen würde. Auf Nachfrage von Herrn Sternbacher erklärt Frau Schlüter, dass die Vorlage wegen des Schwerpunktes der Personalbestandsplanung

zunächst dem Finanz- und Personalausschuss vorgelegt worden sei. Auf dieser Grundlage könne die Büroflächenplanung des ISB erfolgen, die dann über den Betriebsausschuss dem Haupt- und Beteiligungsausschuss vorgelegt werde. Herr Hamann weist darauf hin, dass bei der Flächenplanung auch die Kosten zu berücksichtigen seien. Als Beispiel nennt er die Feststellung, dass der Neubau des TDLZ wirtschaftlicher sei, als die Modernisierung der alten Standorte. Ziel müsse es sein, langfristig unter den üblichen Marktmieten zu liegen. Er bitte den ISB daher um entsprechende betriebswirtschaftliche Betrachtungen. Herr Rees stellt abschließend fest, dass unter Berücksichtigung dieses Hinweises und der Feststellung, dass die vorliegende Personalbestandsprognose als Grundlage anzusehen ist, die weitere Bearbeitung im ISB erfolgen soll.

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt die vorgelegte Personalbestandsprognose zur Kenntnis. Sie dient als Grundlage für eine Büroflächenbedarfsplanung des Immobilienservicebetriebes.

Zu Punkt 6

Feststellung des geprüften Jahresabschlusses 2011 des Informatik-Betriebes Bielefeld (IBB) und Beschlussfassung über die Ergebnisverwendung sowie Entlastung der Betriebsleitung und des Betriebsausschusses

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4201/2009-2014

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

- 1. Der Rat der Stadt Bielefeld nimmt vom Ergebnis der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Henschke und Partner GbR vorgenommenen Pflichtprüfung des Informatik-Betriebes Bielefeld für das Geschäftsjahr 2011 Kenntnis und stellt den Jahresabschluss zum 31.12.2011 mit einer Bilanzsumme von 12.021.791,95 € und einem Jahresgewinn von 126.962,00 € (Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung) in der geprüften Form fest.**
- 2. Der Rat stellt die Entlastung des Betriebsausschusses des Informatik-Betriebes Bielefeld fest.**

3. Der Rat beschließt, den in der Bilanz ausgewiesenen Gewinn von 126.962,00 € in Höhe von 42.000,00 € zur Bedienung von HSK- Maßnahmen an den städtischen Haushalt abzuführen und in Höhe von 84.962,00 € zur Finanzierung von Schulungskosten im Zusammenhang mit der Windows7-Einführung im Betrieb zu belassen und auf neue Rechnung vorzutragen.

Gem. § 31 GO NRW haben Frau Schmidt sowie die Herren Strothmann, Werner, Sternbacher, Tsapos und Rees an der Beratung und Beschlussfassung zu Ziff. 2 nicht mitgewirkt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 7

34. Änderungssatzung zur Satzung über die Kostendeckung der Grundstücksentwässerung und der Abwasseruntersuchungen in der Stadt Bielefeld vom 22. November 1973 (KdS Grundstücksentwässerung)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4216/2009-2014

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld die 34. Änderungssatzung zur Satzung über die Kostendeckung der Grundstücksentwässerung und der Abwasseruntersuchungen in der Stadt Bielefeld vom 22. November 1973 (KdS Grundstücksentwässerung) gemäß Anlage 1 zu beschließen.

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 8 Entwurf des Jahresabschlusses 2010

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4397/2009-2014

Beschluss:

- 1. Der Finanz- und Personalausschuss nimmt den Entwurf des Jahresabschlusses 2010 (Anlagen 1 bis 4) zur Kenntnis.**
- 2. Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld,**
 - a. den Entwurf des Jahresabschlusses ebenfalls zur Kenntnis zu nehmen und gem. § 95 Abs. 3 i. V. m. § 96 Abs. 1 GO NRW zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss zu verweisen,**
 - b. die Ermächtigungsübertragungen aus dem Haushalt 2010 nach 2011 (Anlage 5) gemäß § 22 Abs. 4 GemHVO NRW zur Kenntnis zu nehmen und**
 - c. die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen mit Deckung im Jahresabschluss (Anlage 6) zu genehmigen.**

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 9

**1. Feststellung des geprüften Jahresabschlusses für das
Wirtschaftsjahr 2010/2011 der eigenbetriebsähnlichen
Einrichtung Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld sowie
Beschlussfassung über die Ergebnisverwendung
2. Entlastung der Mitglieder des Betriebsausschusses**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4265/2009-2014

Beschluss:

1. Der Finanz- und Personalausschuss nimmt den Jahresabschluss und den Lagebericht 2010/2011 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen und Orchester zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat folgenden Beschlüsse zu fassen:

- 1.1 Der Rat nimmt von dem Prüfungsergebnis der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft audit OWL GmbH, Bielefeld Kenntnis und stellt den Jahresabschluss zum 31.07.2011 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen und Orchester (BuO) für das Wirtschaftsjahr 2010/2011

mit einer Bilanzsumme von EUR 3.333.605,49

fest und beschließt,

den Überschuss des Wirtschaftsjahres 2010/2011 von

EUR 531.642,32

in die Veranstaltungsrücklage einzustellen.

- 1.2 Der Rat entlastet die Mitglieder des Betriebsausschusses für das Wirtschaftsjahr 2010/2011.

Gem. § 31 GO NRW haben Frau Gorsler und die Herr Werner an der Beratung und Beschlussfassung zu Ziff. 1.2 nicht mitgewirkt.

- einstimmig beschlossen -

...-

Zu Punkt 10

Feststellung des geprüften Jahresabschlusses 2011 des Umweltbetriebes der Stadt Bielefeld und Beschlussfassung über die Ergebnisverwendung sowie die Entlastung des Betriebsausschusses

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4244/2009-2014

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

- 1. Der Rat der Stadt Bielefeld nimmt vom Ergebnis der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PWC AG vorgenommenen Pflichtprüfung des Umweltbetriebs der Stadt Bielefeld für das Geschäftsjahr 2011 Kenntnis und stellt den Jahresabschluss mit einer Bilanzsumme von 658.396.702,74 € (Anlage 2) und einem Jahresgewinn in Höhe von 17.319.025,01 € (Anlage 3) in der geprüften Form fest. Der Jahresgewinn ist entsprechend den Sparten-Ergebnissen gem. Anlage 1 zu verwenden.**
- 2. Der Rat stellt die Entlastung des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes der Stadt Bielefeld fest.**

Gem. § 31 GO NRW haben die Herren Strothmann, Werner, Hamann und Henrichsmeier an der Beratung und Beschlussfassung zu Ziff. 2 nicht mitgewirkt.

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- einstimmig beschlossen -

...-

Zu Punkt 11

Teilnahme der Stadt Bielefeld am EU-Projekt "STARS - Sustainable Travel Accredited and Recognised Schools" (Anerkannte Schulen für nachhaltige Schulwege)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4260/2009-2014

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat vorbehaltlich einer entsprechenden Entscheidung des Stadtentwicklungsausschusses folgenden Beschluss zu fassen:

- 1. Der Beteiligung der Stadt Bielefeld an dem EU-Projekt „STARS – Sustainable Travel Accredited and Recognised Schools“ wird zugestimmt.**
- 2. Die finanziellen Auswirkungen in den jeweiligen Haushaltsjahren werden im Budget des Amtes für Verkehr abgebildet.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12

Tarifanpassung Sozialticket

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4405/2009-2014

Auf Nachfrage von Herrn Werner bestätigt Herr Löseke ausdrücklich, dass der finanzielle Mehrbedarf durch die bereits erfolgte Landesförderung bis April 2013 gedeckt ist und darüber hinaus mit einer Fortsetzung der Förderung zu rechnen ist. Von daher werden weder die Sozialhilfeempfänger noch der städtische Haushalt zusätzlich belastet. Frau Schmidt stellt fest, dass das Sozialticket ihres Erachtens immer noch zu teuer und die Berechtigten nicht bezahlbar sei. Herr Rees erklärt, dass er diese Einschätzung im Hinblick auf die erfreulichen Nutzerzahlen nicht teilen könne.

Beschluss:

Vorbehaltlich einer entsprechenden Empfehlung des

Stadtentwicklungsausschusses beschließt der Finanz- und Personalausschuss, dass der Preis des Sozialtickets von 36,40 € (Sechser-Abo) bzw. 24,90 € (9-Uhr Ticket) zum 1.8.2012 nicht erhöht wird. Die Ausgleichszahlungen werden für das Sechser-Abo auf 8,51 € bzw. 10,92 € für das 9-Uhr Ticket angehoben.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13 Unterrichtung des Finanz- und Personalausschusses über die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat. (Anlage 1 - ist beigefügt.)

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt von den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat, gemäß Vorlage Kenntnis und verweist diese Vorlage ebenfalls an den Rat zur Kenntnisnahme.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Bielefeld, 03.07.2012

Klaus Rees
(Vorsitzender)

Heike Wemhöner
(Schriftführerin)